

Beförderungen durch erfolgreiche Verbandspolitik

80 Beförderungen zusätzlich

Die von unserem Verband seit langem geforderte und mit dem Ersten Justizmodernisierungsgesetz begonnene Binnenreform der Justiz (hier: Übertragungsmöglichkeiten in Nachlass- und Registersachen) wurden in Niedersachsen inzwischen umgesetzt. Wir nehmen insoweit eine erfreuliche Vorreiterrolle im Bundesvergleich ein. Die jahrelange, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Justizministerium und dem Verband der Rechtspfleger steht offensichtlich auf einem soliden Fundament.

Durch Umwandlung von Richterstellen in Rechtspflegerstellen wird es im Jahr 2006 landesweit zu zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten kommen. Der Haushalt 2006

wird 5 neue A13 und 14 neue A12 Stellen vorsehen, die in der Folge zu etwa 62 Beförderungen führen werden.

Hinzu kommen noch weitere 20 Stellenhebungen von A9 nach A10, auf die sich die Regierungsfractionen im Herbst verständigt haben. Diese sollen zum 01.06.2006 zur Verfügung stehen.

Aufgrund der am 01.09.2004 erfolgten Übertragungen bei den Staatsanwaltschaften sind ebenfalls Umwandlungen von Stellen des höheren Dienstes in Rechtspflegerstellen für das Jahr 2007 geplant. Die Größenordnung steht allerdings noch nicht fest. Dieser zusätzliche Stellenbedarf soll demnächst von den Generalstaatsanwaltschaften ermittelt und beim Justizministerium angemeldet werden.

Register und Grundbuch

Der Bundesrat hat auf entsprechende Anträge der Länder Hamburg und Hessen am 21.12.2005 beschlossen, den

- Entwurf eines Gesetzes zur Führung des Handelsregisters, des Genossenschaftsregisters, des Partnerschaftsregisters und des Vereinsregisters durch von den Ländern bestimmte Stellen (Register-Führungsgesetz - RFÜG) (BR-Drs. 325/03 und den
- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Grundbuchordnung und anderer Gesetze (BR-Drs. 184/04)

erneut in den Bundestag einzubringen, da die Gesetzentwürfe beim Bundestag der Diskontinuität anheim gefallen sind.

Wie die Badeenten...

... kaum hat man sie untergetaucht, schwupp sind sie wieder da!

Was hat Hamburg und Niedersachsen nur bewogen, die Auslagerung der Register wieder auf den Tisch zu legen, wo doch jetzt alle Länder kräftig investiert haben, um die EU-Vorgaben rechtzeitig einzuhalten. Gerade Hamburg, das erklärtermaßen gute Überschüsse mit dem Abrufverfahren erwirtschaftet - wie im Übrigen alle anderen Länder auch! Und was ist den Hessen noch zu glauben, die jüngst von höchster Stelle erklären ließen, man habe das Vorhaben „Bodenmanagement-Behörde“ aufgegeben.

Der Ausverkauf der Justiz ist im vollen Gang und wird noch durch die Auslagerungsbestrebungen im Nachlassbereich gesteigert.

„Die große Justizreform ist offenbar dafür da“, wie Prantl in der Süddeutschen Zeitung am 10./11.12.2005 feststellte, „die Justiz noch kleiner zu machen, als sie jetzt schon ist.“ Aus einer geordneten Rechtsprechung werde eine Justiz nach Kassenlage. Prantl bezieht sich auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5.12.2005. Darin hatte das höchste Gericht das

"Versagen des Staates" konstatiert und die Notbremse zu ziehen versucht. "Schuld sind die kärglichen Geld- und Personalzuteilungen durch Legislative und Exekutive. Nur de jure sind Richter (und Rechtspfleger) unabhängig, de facto leiden sie daran, dass sie die arme Staatsgewalt sind." Wann endlich stoppen die Finanzminister ihre scheinbar Amok laufenden Justizministerinnen und Justizminister?
KG

Fachhochschule

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 20.12.2005 im Rahmen der Neuorganisation der Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst des Landes beschlossen, die gesamte Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Hildesheim zum 31.7.2007 aufzulösen.

Nur die Rechtspfleger-Ausbildung bleibt als Fachhochschule am Standort Hildesheim erhalten: Zum 1.8.2007 wird die „Norddeutsche Fachhochschule für Rechtspflege“ unter Einbeziehung der bisherigen Bundesländer gegründet.

Die anderen Fachbereiche werden als „Polizeiakademie Niedersachsen“ in Nienburg und als „Steuerakademie Niedersachsen“ in Bad Eilsen weitergeführt.

Der Sitz des Niedersächsischen Landesjustizprüfungsamts wird nach Celle verlegt.

**Allen Kolleginnen und Kollegen
sowie den Leserinnen und Lesern
der Rechtspfleger-Information
wünschen wir ein gesundes und
erfolgreiches Jahr 2006**

Der Vorstand

Teubert-Soehring	Schröder	Georges
Trauernicht	Bornemann	Germer-Paezold
Thömen	Tüting	Winter

Gespräch mit der Vorsitzenden der Justizministerkonferenz Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU)

Rechtspfleger stärker in die Große Justizreform einbeziehen

Die für Rechtspfleger maßgeblichen Verbände, der Verband der Rechtspfleger (VdR), der Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) sowie der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) haben ihre politischen Gespräche fortgesetzt und am 10.11.2005 in Düsseldorf mit der Vorsitzenden der Justizministerkonferenz, Frau Ministerin der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Roswitha Müller-Piepenkötter über die "Große Justizreform" gesprochen. Das Gespräch fand im Vorfeld der am 17.11.2005 beginnenden Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister (JuMiKo) in Berlin statt.



Klaus Georges (VdR), Thomas Kappl (VRB), Hinrich Clausen (BDR), Justizministerin Müller-Piepenkötter, Angela Teubert-Soehring (VdR), Peter Damm (BDR), Wolfgang Lämmer BDR-NW (v.l.n.r.)

Die JuMiKo will sich dort mit dem Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Aufgabenübertragung auf Notare" befassen, der aufgrund einer Praxisbefragung erstellt wurde. Nach Aussage von Frau Ministerin Müller-Piepenkötter sei der Bericht zu keinem eindeutigen Votum gelangt. Von den Landesjustizverwaltungen wurde keine Empfehlung zur Übertragung der Nachlassverfahren auf die Notare ausgesprochen.

Die Verbandsvertreter legten der Ministerin dar, dass ein rechtsstaatlich so bedeutungsvoller Bereich wie das Nachlasswesen, der zudem bis in die Pensionslasten hinein gerechnet kostendeckend arbeite und so die defizitäre Straf- und Zivilgerichtsbarkeit auch mitfinanziere, nicht aus rein fiskalpolitischen Aspekten geopfert werden dürfe, was sich auch mit der Meinung von Herr. Dr. Röttgen deckt. Hinzu komme eine weitere Entlastung der öffentlichen Haushalte von mehreren Millionen Euro bundesweit, wenn alle Bundesländer nach dem Justizmodernisierungsgesetz (JuMoG) bestehenden Übertragungsmöglichkeiten ausgeschöpft und Aufgaben dem Rechtspfleger übertragen werden.

Weiter legten die Verbandsvertreter dar, dass sie bei der Diskussion um die Justizreform den Rechtspfleger völlig vermissen würden. Hier appellierten sie an die JuMiKo, eine weitere Aufgabenübertragung auf den Rechtspfleger zu prüfen. Im Gegenzug gäbe es gerichtliche Aufgaben, die vom Rechtspfleger auf den mittleren Dienst übertragen werden könnten.

Da sich die Justizministerinnen und Justizminister in Berlin auch mit dem Bologna-Prozess und seine möglichen Auswirkungen auf die Juristenausbildung befassen wollen, machten die Verbandsvertreter deutlich, dass hier auch der Rechtspfleger mit einbezogen werden müsse. Auch sein Studium und sein Berufsbild müsse dem Bologna-Prozess angepasst werden. Daher seien diese Themen von der JuMiKo als eigener Tagesordnungspunkt zu behandeln. Dies umso mehr, als es in Deutschland vielfach Ausbildungsverbände der Bundesländer gibt.

Nachlass soll zu den Notaren

Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister hat am 17.11.2005 in Berlin u. a. die folgenden Beschlüsse gefasst:

Die Justizministerinnen und Justizminister haben den Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Aufgabenübertragung auf Notare" zur Kenntnis genommen.

Sie sprachen sich dafür aus, dass im familiengerichtlichen Verfahren keine Aufgaben übertragen werden sollen.

Sie sprechen sich jedoch für eine Aufgabenübertragung auf Notare in folgenden Bereichen aus:

- Die Notare sollen künftig im Sinne einer Übertragung zusammenhängender Aufgaben im Nachlasswesen Nachlassgericht 1. Instanz sein. Dabei soll den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Ländern durch eine Öffnungsklausel Rechnung getragen werden.
- Als Einstieg in eine zentrale Testamentsdatei soll die Bundesnotarkammer die Hauptkartei für Testamente übernehmen.
- Die Notare sollen künftig allein für die Aufnahme von Nachlassverzeichnissen und für Nachlassauseinandersetzungen nach §§ 86 ff. FGG zuständig sein.
- Die Notare sollen im Bereich des Registerrechtes notarielle Vollmachtsbescheinigungen als Eintragungsgrundlage erstellen, neben dem Grundbuchamt Grundbucheinsicht gewähren und Grundbuchausdrucke erstellen.
- Die Notare sollen über die Erteilung weiterer vollstreckbarer Ausfertigungen notarieller Urkunden entscheiden.
- Die Notare sollen allein befugt sein, Scheck- und Wechselproteste aufzunehmen.

Die Justizministerinnen und Justizminister beauftragen die Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Aufgabenübertragung auf Notare", ihre Arbeit fortzusetzen und ein Konzept für die Realisierung der genannten Aufgabenübertragungen zu erstellen.

Hauptpersonalrat

Nach der erforderlichen Nachwahl der Angestelltenvertreter hat sich der Hauptpersonalrat am 13.12.2005 neu konstituiert. Der Hauptpersonalrat setzt sich nun wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Hans-Jürgen Weirich, 1. Stellvertreter: Bernd Bornemann, 2. Stellvertreterin: Annemarie Willke, 3. Stellvertreter: Willi-Bernhard Albers, 4. Stellvertreter: Ewald Rühlmann. Weitere Mitglieder: Hilbrand Hilbrands, Petra Weiß, Ute Röpnack, Edda Lorenz, Claudia Heil und Henning Schmiedl.

Verband der Rechtspfleger - Berufsvertretung der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger -, Miegelweg 24A, 31785 Hameln
Verantwortlich für den Inhalt:

Vorsitzende:

Redaktion:

Geschäftsführer:

Schatzmeister:

Büro Berlin:

Onlineadressen:

Druck:

Dipl.-Rpfl.'in Angela Teubert-Soehring, AG Hameln, Zehnthof 1, 31785 Hameln, Tel. 05151/796-270

Dipl.-Rpfl. Klaus Georges, Staatskanzlei, Planckstraße 2, 30169 Hannover, Tel. 05 11/120-6955

Dipl.-Rpfl. Wolfgang Schröder, LG Hildesheim, Kaiserstraße 60, 31134 Hildesheim, Tel. 05121/968-475

Dipl.-Rpfl. Joachim Trauernicht, AG Aurich, Schlossplatz 2, 26603 Aurich, Tel. 04941/13-1402

Alice Malik, Konradinstraße 1A, 12105 Berlin, Tel. 030/75518748, Fax 030/75518747

Internet: <http://www.rechtspfleger.net>; E-Mail: info@rechtspfleger.net

Druckerei Schmidt, Hanno Ring 10, 30880 Laatzen, Tel. 05102/915391